

Niederschrift

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 05.01.2021
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Martin Warning SPD

reguläre Mitglieder

Stefan Koch	Rostocker Bund	Vertretung für: Jobst Mehlan
Chris Günther	CDU/UFR	
Jahn Osterloh	CDU/UFR	
Reinhard Knisch	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Nicole Peter	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Anke Baumann	Träger der freien Jugendhilfe	
Hanka Bobsin	Träger der freien Jugendhilfe	
Christina Fiedler	Träger der freien Jugendhilfe	
Ira Leithoff	Träger der freien Jugendhilfe	
Katrin Schankin	Träger der freien Jugendhilfe	

Stellvertreter

Monique Tannhäuser DIE LINKE.PARTEI

beratende Mitglieder

Sven Heilmann
Dagmar Lüthke
Achim Segebarth

Abwesend

reguläre Mitglieder

Jobst Mehlan	Rostocker Bund	entschuldigt
Roland Schippmann	Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt
Stefan Treichel	AfD (fraktionslos)	entschuldigt

beratende Mitglieder

Thorsten Nappe		entschuldigt
Dirk Panzner		entschuldigt

Protokoll:

Ines Schröder	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
---------------	-----------------------------------

Verwaltung:

Steffen Bockhahn	Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule
Bernhard Stuwe	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Ines Brembach	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Claudia Ganschow	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Erik Klückmann	Eigenbetrieb KOE

Gäste:

Stefan Meysing	Polizeiinspektion Rostock
----------------	---------------------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 24.11.2020
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 15.09.2020
 - 3.3 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 17.11.2020
- 4 Geschäftliche Mitteilungen

5	Berichte aus den Unterausschüssen	
6	Berichte aus der Verwaltung	
6.1	Vorstellung Hilfen zur Erziehung/ASD	
7	Ombudsstelle	
7.1	Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund) Ombudsstelle für den SGB VIII-Bereich	2020/AN/0764 vertagt
7.1.1	Dr. Sybille Bachmann (Fraktion Rostocker Bund) Ombudsstelle für den SGB VIII-Bereich	2020/AN/0764-04 (ÄÄ) vertagt
7.2	Einrichtung einer Ombudsstelle für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock	2020/BV/1668 vertagt
8	Anträge	
8.1	Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"	2020/AN/1792 vertagt
8.1.1	Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"	2020/AN/1792-01 (SN) vertagt
8.1.2	Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion) Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"	2020/AN/1792-03 (ÄÄ) vertagt
9	Beschlussvorlagen	
9.1	Beschluss über den Wirtschaftsplan 2021 des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und – entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“	2020/BV/1806 ungeändert beschlossen
9.2	Wahl von 2 Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung	2020/BV/1794 vertagt
9.3	Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung	2020/BV/1795 vertagt
10	Informationsvorlagen	
11	Anfragen	
12	Verschiedenes	

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Warning, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Die Sitzungsunterlagen wurden den Mitgliedern fristgerecht zugestellt. Um 16:00 Uhr sind 12 Mitglieder anwesend.

2 Änderung der Tagesordnung

Frau Tannhäuser beantragt, die beiden Vorlagen BV 1794 und BV 1795 unter TOP 9.2 und 9.3 (Wahl von zwei Mitgliedern des JHA in den UA JHPL sowie Wahl des Vorsitzenden des UA JHPL) zu vertagen, da durch die Fraktion DIE LINKE.PARTEI die Benennung von 2 Mitgliedern für den JHA noch nicht erfolgte und demzufolge auch durch die Bürgerschaft noch nicht beschlossen werden konnte. Die Mitglieder sprechen sich mehrheitlich mit 11 Befürwortungen und 1 Enthaltung für die Vertagung aus. Die geänderte Tagesordnung wird durch die Mitglieder einstimmig beschlossen.

3 Genehmigung der Niederschriften

3.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 24.11.2020

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mit 9 Befürwortungen und 3 Enthaltungen beschlossen.

3.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 15.09.2020

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mit 7 Befürwortungen und 5 Enthaltungen beschlossen.

3.3 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 17.11.2020

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mit 10 Befürwortungen und 2 Enthaltungen beschlossen.

4 Geschäftliche Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert die Mitglieder über die zum 31.12.2020 erfolgte Mandatsniederlegung von Phillip Bock (DIE LINKE.PARTEI).

5 Berichte aus den Unterausschüssen

Frau Schankin, stellv. Vorsitzende des UA JHPL berichtet über die im letzten UA JHPL am 15.12.2020 behandelten Themen:

- Zentralisierung des ASD
- Stand Sozialraumorientierung in der HRO (Fortsetzung auch mit neuer Arbeitsstruktur; Verbesserung der Erreichbarkeit),
- Ziele der Jugendhilfe 2020 – 2024 (Verhandlung HRO mit Hochschule Neubrandenburg bzgl. Übernahme der Evaluation),
- Verständigung zur Kita-Bedarfsplanung (aufgrund Nachfrage v. Herrn Knisch im letzten JHA)
- Verabschiedung von Herrn Ohm
- Vorstellung der Ergebnisse der AG Rahmenkonzeption SBZ nach § 78 SGB VIII erfolgt im UA JHPL am 26.01.2021
- Vorstellung der Präsentation „Careleaverprozesse“ erfolgt im UA JHPL am 23.02.2021

6 Berichte aus der Verwaltung

Die Verwaltung informiert,

- dass die HRO sich gegen eine Einreichung einer Verfassungsbeschwerde gegen die 7. KiföG-Novelle entschieden hat. Eine Vereinbarung mit der Landesregierung konnte am 31.12.2020 getroffen werden. Es ist vorgesehen, dass der Evaluationsprozess für Sozialleistungen ausdrücklich auch die Themen Kitakosten umfasst und die Finanzmasse geprüft wird durch einen unabhängigen Gutachter. Sollte sich herausstellen, dass diese zu niedrig war, würde die HRO entschädigt werden. Ein konkreter Zeitplan kann noch nicht benannt werden, eventuell könnte eine Eintaktung für November 2021 erfolgen.
- umA – mit Stand vom 31.12.2020 befinden sich 37 umA, davon 4 Mädchen in der HRO (Tendenz sinkend, aufgrund anstehender Volljährigkeiten)

Auf Nachfrage von Frau Schankin, wie die Arbeit aufgrund der coronabedingt geschlossenen Jugendeinrichtungen fortgesetzt werden sollte, informiert die Verwaltung, dass die Erwartungshaltung besteht, dass die vor Ort Zuständigen entsprechend handeln, und solange der Schulbetrieb nicht läuft, Mitarbeiter der offenen SSA auch im Sozialraum unterwegs sind und direkte Ansprachen vornehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Warning berichtet Herr Segebarth über den am 02.12.2020 stattgefundenen Termin zwischen den Trägern und der Polizei, um den weiteren gemeinsamen Umgang der bereits eingerichteten AG nach §78 SGB VIII zu besprechen. Es wurde ein gemeinsamer erfolgsversprechender Weg gefunden.

6.1 Vorstellung Hilfen zur Erziehung/ASD

Durch Frau Brembach – Leiterin der Abt. Ambulanter Sozialer Dienst/Jugendhilfe (ASD) und der Fachberaterin Frau Ganschow, erfolgt eine ausführliche Präsentation der Abteilung zu den Themenschwerpunkten

- Fallmanagement / ASD
- Aufgabenbereiche der Jugendhilfe
- Haltung und Aufgaben des ASD
- Fallzahlenentwicklung
- Entwicklung der offenen Meldungen KWG
- Aufgabenverteilung im Fallmanagement
- Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit
- Was wurde vorangebracht etc.

Die Präsentation wird den Mitgliedern mit der Niederschrift zugestellt. Die Fragen der Mitglieder werden ausführlich beantwortet. So wird informiert, dass der ASD prioritär mit Laptops ausgestattet werden wird, damit eine noch bessere flexible Arbeit im Sozialraum, den SBZ, den Familien ermöglicht wird. Die Erreichbarkeit ist durch die entsprechenden Alias-Adressen stets gegeben. Frau Baumann weist darauf hin, bei der technischen Aufstockung auch die Verschlüsselung von Trägermails und Daten im Blick zu haben. Die Verwaltung informiert, dass sehr stark an der Digitalisierung des Amtes gearbeitet wird. Die Stadt verfügt über ein DE.Postmailfach. Hervorgehoben wird durch Frau Brembach die Zusammenarbeit mit der Polizei, die eine große Arbeitsbereicherung darstellt. Auch wird informiert, dass die meisten KWG (Kindeswohlgefährdungen) aus dem institutionellen Kontext, weniger aus dem privaten angezeigt werden, die meisten passieren in den großen Wohnsiedlungen im Nordwesten und Nordosten der HRO. Ausführlich wird auch über das mühsame Besetzungsverfahren in der Abteilung informiert. Das Verfahren von Ausschreibung zur Besetzung dauert ca. 8 Monate. Der Bereich des Fallmanagements ist der einzige, bei dem eine Dauerausschreibung läuft. Auf Nachfrage werden nochmals die Meldemöglichkeiten bei möglichen KWG erörtert, mit Hinweis auf die Kinderschutzhotline, Bereitschaftsdienst und Tagespräsenz.

7 Ombudsstelle

7.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund)

2020/AN/0764

Ombudsstelle für den SGB VIII-Bereich

Die Mitglieder einigen sich auf eine zusammenfassende Beratung der 3 Vorlagen zur Ombudsstelle und einer anschließend getrennten Abstimmung. Nach Einführung durch Herrn Koch erfolgt ein längerer intensiver Meinungsaustausch. Herr Knisch plädiert für eine Zustimmung und verweist auf das neue SGB VIII-Gesetz, welches in Kürze novelliert wird und Ombudsstellen auf regionaler Ebene vorsieht. Es müsse für die Ombudsstelle eine fachkundige, aus der Verwaltung kommende Person gefunden werden. Die Stelle müsse dann bei der Stadt angesiedelt werden, nicht im Amt für Jugend, Soziales und Asyl oder extern. Herr Warning teilt den Grundsatz von Herrn Knisch und bestätigt die im Entwurf des §9a des SGB VIII im regionalen Bereich dann vorgesehenen Ombudsstellen. Gleichzeitig hinterfragt er den richtigen Zeitpunkt zum Beschließen, da mit der neuen SGB VIII-Novellierung ja auch die entsprechenden Richtlinien, Maßnahmen etc. für die Einrichtungen der Ombudsstellen vorgegeben werden. Nachdem der Vorsitzende nochmal den Sachstand, der zur Beantragung der Ombudsstelle führte, erläutert, verweist die Verwaltung nochmals:

- auf die im Amt für Jugend, Soziales und Asyl gegebenen objektiven Beratungen durch die MitarbeiterInnen,
- auf das Selbstbild des Amtes,
- auf die bereits vorhandenen Beratungsstellen bei freien Trägern, die Anlaufstellen für

- Behördenbegleitung oder Kontaktherstellung sind,
- auf die Frage nach dem Anspruch an eine Ombudsstelle, welcher Bedarf mit dieser gedeckt werden soll sowie die im aktuellen HH nicht eingeplanten Mittel.

Frau Günther stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Vorlagen bis zum Beschluss der Durchführungsverordnung für die SGB VIII-Reform durch die Landesregierung M-V. Sie begründet das mit den dann vorliegenden rechtlichen Grundlagen. Nach der Gegenrede durch Herrn Knisch lässt der Vorsitzende den Antrag abstimmen, der durch die Mitglieder mehrheitlich beschlossen wird (8 Befürwortungen, 2 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen).

Vertagt!

7.1.1	Dr. Sybille Bachmann (Fraktion Rostocker Bund)	2020/AN/0764-04 (ÄÄ)
	Ombudsstelle für den SGB VIII-Bereich	
	Vertagt! - s. TOP 7.1	

7.2	Einrichtung einer Ombudsstelle für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock	2020/BV/1668
	Vertagt! - s. TOP 7.1	

8 Anträge

8.1	Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion	2020/AN/1792
	Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"	

Durch Frau Günther wird der Antrag sowie der ergänzende ÄÄ 03 erläutert. Herr Knisch erläutert seinen vor Sitzungsbeginn an die Mitglieder ausgereichten als Entwurf bezeichneten ÄÄ 02. Er hinterfragt die in der Stellungnahme der Verwaltung benannten finanziellen Auswirkungen sowie ob zusätzliche Expertisen benötigt werden zu den im Beschlussvorschlag benannten Punkten. In dem Zusammenhang verweist er auf die große Kompetenz in der Verwaltung und stellt daraufhin den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, um diese Punkte abzarbeiten. Die Verwaltung appelliert an eine Vertagung der Anträge, um so gemeinsam prüfen zu können, was tatsächlich sinnvoll und effektiv sowie leistbar ist. Der Vorsitzende lässt den Antrag von Herrn Knisch abstimmen, der durch die Mitglieder mehrheitlich beschlossen wird (10 Befürwortungen, 2 Enthaltungen).

Vertagt!

8.1.1	Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"	2020/AN/1792-01 (SN)
--------------	--	-----------------------------

8.1.2 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion)**2020/AN/1792-03 (ÄÄ)****Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"**

Vertrag! – s. TOP 8.1

9 Beschlussvorlagen

9.1 Beschluss über den Wirtschaftsplan 2021 des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“**2020/BV/1806**

Durch Herrn Klückmann – KOE – wird die Vorlage anhand einer Präsentation eingebracht. Diese wird den Mitgliedern mit der Niederschrift zugestellt. Nachfragen der Mitglieder werden durch die Verwaltung beantwortet.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes „Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Anlage) einschließlich des Stellenplans wird beschlossen.

Abstimmung:

Dafür:	12
Dagegen:	-
Enthaltungen:	-

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

9.2 Wahl von 2 Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung**2020/BV/1794**

Vertrag! – s. TOP 2

9.3 Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung**2020/BV/1795**

Vertrag! – s. TOP 2

10 Informationsvorlagen

11 Anfragen

Auf Nachfrage von Frau Peter zum Stand der Kita-Satzung informiert die Verwaltung, dass aufgrund der Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag derzeit an der Kita-Satzung nicht gearbeitet wird.

Die durch Herrn Osterloh gestellte Nachfrage, ob bereits Vereinbarungen zur SSA und JSA mit dem Land getroffen wurden, wird die Verwaltung schriftlich beantworten.

Bezogen auf die Thematik unter TOP 8.1 bittet Frau Günther die Verwaltung um die Stellenbeschreibungen 1. von der Koordinatorin für Kinder, Jugend und Familien und 2. der Kinder- und Jugendbeteiligungsmoderatorin. Die Verwaltung wird sich aufgrund der Bitte zur 1. Stellenbeschreibung mit dem Leiter der Personalstelle austauschen. Bzgl. der Bitte zur 2. Stellenbeschreibung wird auf den Rostocker Stadtjugendring verwiesen.

Weiterhin fragt Frau Günther – bzgl. des Ursprungs zur Antragstellung der Ombudsstelle – nach dem Sachstand der beiden geschlossenen Kitas. Die Verwaltung informiert hierzu, dass Klage eingereicht wurde, aber weiterhin nichts passiert sei. Das Gebäude Wiesenweg steht nicht zur Verfügung, für das andere Gebäude gebe es immer wieder Interessenten.

Aufgrund der Vereinbarung mit der Landesregierung am 31.12.2020 ist die Klagefrist Konnexität abgelaufen. Frau Günther fragt hierzu an, ob ein Verjährungsverzicht vereinbart wurde. Die Verwaltung informiert, dass die HRO keine Verfassungsbeschwerde gegen das KiföG eingelegt habe, da das Ergebnis des gutachterlichen Prozesses umgesetzt werden soll, somit die angestrebte gerichtliche Überprüfung nunmehr eine gutachterliche, mit der Verpflichtung das Ergebnis zu akzeptierende geworden ist.

12 **Verschiedenes**

-

gez. Martin Warning
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

gez. Ines Schröder
Geschäftsführerin